

Notizen

Objektyp: **Group**

Zeitschrift: **Zeitlupe : für Menschen mit Lebenserfahrung**

Band (Jahr): **73 (1995)**

Heft 9

PDF erstellt am: **22.07.2024**

Nutzungsbedingungen

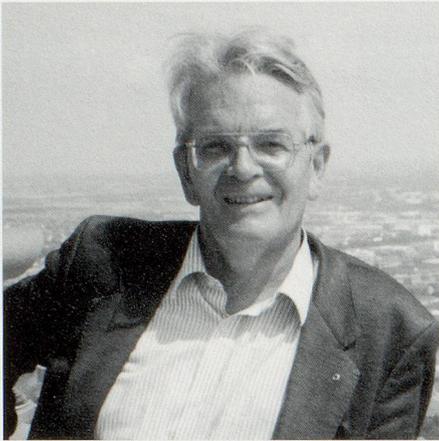
Die ETH-Bibliothek ist Anbieterin der digitalisierten Zeitschriften. Sie besitzt keine Urheberrechte an den Inhalten der Zeitschriften. Die Rechte liegen in der Regel bei den Herausgebern.

Die auf der Plattform e-periodica veröffentlichten Dokumente stehen für nicht-kommerzielle Zwecke in Lehre und Forschung sowie für die private Nutzung frei zur Verfügung. Einzelne Dateien oder Ausdrucke aus diesem Angebot können zusammen mit diesen Nutzungsbedingungen und den korrekten Herkunftsbezeichnungen weitergegeben werden.

Das Veröffentlichen von Bildern in Print- und Online-Publikationen ist nur mit vorheriger Genehmigung der Rechteinhaber erlaubt. Die systematische Speicherung von Teilen des elektronischen Angebots auf anderen Servern bedarf ebenfalls des schriftlichen Einverständnisses der Rechteinhaber.

Haftungsausschluss

Alle Angaben erfolgen ohne Gewähr für Vollständigkeit oder Richtigkeit. Es wird keine Haftung übernommen für Schäden durch die Verwendung von Informationen aus diesem Online-Angebot oder durch das Fehlen von Informationen. Dies gilt auch für Inhalte Dritter, die über dieses Angebot zugänglich sind.



Peter Rinderknecht

Eine 6500-Seelen-Gemeinde verliert ihre einzige Bank: Windisch fühlt sich ins Mark getroffen», so das Badener Tagblatt am 11. August. Gemeint waren die Folgen des Bankenzusammenschlusses im Aargau. Auf einer vollen Seite kritisiert die Redaktion: «Begründung stösst auf Unverständnis» – «Kopfschütteln aller Orten» – «Ohrfeige für den Gemeinderat» usw. Deutlich auch die Reaktion des Altersheimleiters Casimir Schäffler: «Die Betagten sind erschüttert und entsetzt. Sehr viele unserer Bewohner suchten regelmässig zu Fuss die Bank auf... und sie schätzten die Kundennähe und freundliche Bedienung. Nach Brugg müssten sie künftig ein Taxi bestellen. Ich empfinde diese Schliessung als eine Unverschämtheit, ich kann ihr überhaupt kein Verständnis entgegenbringen.» In der Tat: In unserem aargauischen Oberrohrdorf (3500 Einwohner) gibt es zwei Banken, in Niederrohrdorf (2500) ebenfalls. Und am langjährigen Ferienort Seewis im Prättigau entsteht zur Zeit eine topmoderne Kantonbankfiliale, keine

Das Wort zum Mitnehmen:

Es ist nicht auszudenken, was Gott aus den Bruchstücken unseres Lebens machen kann, wenn wir sie ihm ganz überlassen.

Blaise Pascal

100 Meter vom 1993 eröffneten Neubau der Raiffeisenbank entfernt. Beide Institute waren lange Jahre sogenannte «Stubenbanken», von geschulten Mitbürgern geleitete «Mini-Banken» im Wohnzimmer. Ein Neubau hätte für die 1300 Seelen sicher gereicht. Jetzt trifft es auf 650 Einwohner ein eigenes Bankgebäude. Wenn aber im Unterland nicht einmal 6500 Windischer eine Bank am Leben erhalten können, wie soll das 650 Seewisern möglich sein? Die Logik ist schwer zu verstehen. Die Zeche bezahlen so oder so die «Tit. Kunden» im Aargau wie in Graubünden.

Februar 1995: Ein Vorstandsmitglied der EVP Aargau bittet mich offiziell um eine Kandidatur für die Nationalratsliste. Halb belustigt, halb geschmeichelt hörte ich die Begründung an: Mein Name dürfte vielen Senioren aus der Zeitlupe, dem Aargauer Kurier und aus meinen Jahren als BBC-Pressechef und Kirchenrat bekannt sein. Davon könnte die EVP-Liste sicher profitieren. Man traute mir aber auch eine fundierte Vertretung der Seniorenanliegen zu. Meine Argumente: Dass ich vier Jahre älter als der «Alterspräsident» Hubacher vor vier Jahren sei, dass die Medien sich einen Spass daraus machen würden, den Aussenseiter mit Fangfragen zu heiklen Themen wie Bareggtunnel, Methadonprogramm, Neat, Asylantenfrage zu testen, dass man mit 74 die enorme Belastung kaum lange durchstehen könne und dass schliesslich meine nach schweren Operationen gehbehinderte Frau auf Spitex- und meine Hilfe als Hausmann angewiesen sei, das alles schien den Anrufer wenig abzuschrecken. Nach der zehntägigen Bedenkzeit verzichtete ich dankend und erleichtert.

August 1995: «Nationalratswahlen: Auswahl wie noch nie» berichteten die Gazetten. 218 Personen auf 19 Listen kämpfen um einen der 15 Aargauer Sitze. So gerne ich der EVP AG nach 80 Jahren einen Sitz in Bern gönnt und ihr (vielleicht) einige Sympathiestimmen gebracht hätte, der Preis wäre in jeder Hinsicht zu gross gewesen. Ich musste an den Spruch meiner Gross-

mutter denken: «Ein alter Esel geht nicht mehr aufs Eis!»

Auf dem Nullpunkt. Die Verluste der AHV übertreffen alle Katastrophenszenarien. Schon 1995 schreibt die Altersversicherung rot» – so der Titel im Nachrichtenmagazin «Facts» vom 3. August. Dass ein sinkendes Volkseinkommen bei auch in der IV «unglaublich explodierenden Kosten» die Lage verändert, ist klar. Neu ist folgendes: «Genau vor Jahresfrist hatte das Bundesamt für Sozialversicherung noch beruhigt: So resultiert im Jahr 2000 noch ein Überschuss von rund 960 Millionen.» Heute erwartet dasselbe BSV bereits ein Defizit von 670 Millionen in fünf Jahren. «Das ist eine Korrektur von fast 1,6 Milliarden – pro Jahr.»

Natürlich könnte man – ein Vorschlag des CSP-Nationalrates Hugo Fasel – die Mehrwertsteuer um 1 Prozent erhöhen, was diese 1,6 Milliarden in etwa einbrächte. Dieses eine Prozent war ja schon bei der Volksabstimmung als «AHV-Reserve» erwähnt worden. Angesichts des allgemeinen Klimas dürfte die Idee aber denkbar unpopulär sein. Umso mehr, als auch die Neat-Lobby und die Landwirte (Direktzahlungen) auf dieses Prozent schielen, während andere Branchen (Hotellerie, Sport) für sich eine Senkung der MWSt. anstreben. Kurz, ich halte eine weitere Zwangsabgabe für die «Alten und Behinderten» als schädlich für den Generationenvertrag. Darum denke ich an eine ganz andere Lösung:

In den noch bescheidenen sechziger Jahren gab es in Appenzell/St. Gallen eine Art freiwilligen Solidaritätsfonds für Kleinrentner auf privater Basis. Warum soll das heute nicht mehr möglich sein? Ich schlage vor, dass Rentner, die es können und vermögen, einen Teil ihrer Rente an den AHV-Fonds zurückgeben und dafür vollen Abzug bei der Steuerveranlagung bis zur kantonalen Höchstabzugsgrenze als «gemeinnützige Spende» geltend machen können. Ziel: Rettung des AHV-Fonds, der gemäss «Katastrophen-Szenario» bis ins Jahr 2010 ein Defizit von 22 Milliarden erreichen könnte... Ihre Meinung zu dieser Idee interessiert mich sehr!